



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

44. Sitzung (öffentlich)

20. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
– Der Ausschuss beschließt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Verschiedenes“.	5
1 Aktuelle Viertelstunde	6
Beschluss des Deutschen Bundestages: Einfrieren der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 auf dem nominellen Niveau von 2014	
– Aussprache	6
2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)	10
Gesetzentwurf	

5 Geplante Verordnung der Landesregierung zur Entfristung und Änderung befristeter Rechtsverordnungen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr 20

Vorlage 16/2376

Der Ausschuss ist gehört worden.

6 „Fortschreibung des ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplans des Landes NRW (IFP) nach § 7 Abs. 2 ÖPNVG NRW und Feststellung des besonderen Landesinteresses im Einzelfall nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4“ 21

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2320

Der Ausschuss stellt das Einvernehmen zum Gesamtmaßnahmenpaket für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im mittleren Ruhrgebiet her.

Der Ausschuss stellt das Einvernehmen zur Aufnahme des Bahnhofs Herzogenrath in den Teil A des IFP sowie nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 ÖPNVG NRW her.

Der Ausschuss stellt das Einvernehmen zur Aufnahme des Bahnhofs Hagen-Hohenlimburg in den Teil A des IFP sowie nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 ÖPNVG NRW her.

7 Planfestgestellte Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen seit 2010 22
Vorlagen 16/2258 und 16/2409

– Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV) 22

– Aussprache 22

8 Zukunft des Semestertickets nach den Vertragskündigungen 24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2399

– Aussprache 24

9	Flughafen Köln/Bonn- Sukzessive bauliche Erweiterungen	26
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2407	
	– Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV)	26
	– Aussprache	26
10	Entwicklung der Baukosten der L 12 OU Langerwehe/Luchem (mit Umbau Anschluss A4)	30
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2408	
	– Aussprache	30
11	Bundesmitten für Sanierung und Ausbau der Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014	33
	Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2400	
	– Aussprache	33
12	Verschiedenes	35

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)
Vorlagen 16/2168 (Erläuterungsband), 16/2251 und 16/2317 (Neudruck)

hier: Einzelplan 09

Vorsitzender Dieter Hilser leitet ein, absprachegemäß fänden heute die Schlussabstimmung und die Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge statt. Vonseiten der Koalitionsfraktionen lägen drei Änderungsanträge vor (**Anlage 1, zu TOP 2**).

Reiner Breuer (SPD) stellt die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor.

Das Landesstraßenausbauprogramm, so der Abgeordnete weiter, trage seine Fraktion selbstverständlich mit. Es werde deutlich, dass der Schwerpunkt auf Erhalt und nicht auf Neubau gesetzt werde.

Bernhard Schemmer (CDU) legt dar, der Landeshaushalt habe 2006 ein Volumen von 48 Milliarden € und im Jahre 2014 knapp 64 Milliarden € umfasst. Dies sei ein Anstieg von 33 %. Der Verkehrshaushalt habe jedoch in dieser Zeit 60 Millionen € verloren.

Aus dem Titel für Nahmobilität seien bis vor drei Jahren ausschließlich kommunale Straßenbaumaßnahmen finanziert worden. Danach habe man in die Überschrift das Wort „Nahmobilität“ hineingebracht, um Gutachten jeder Art und sonstiges Gedöns zu finanzieren. Bei den Radschnellwegen handele es sich laut Minister Groschek um Landesstraßen. Von daher sollte dies aus dem Titel für Landesstraßen finanziert werden. Durch die jetzige Lösung würden den Kommunen Mittel entzogen. Wenn die Überschrift des Titels wieder geändert würde, würde seine Fraktion diesem Änderungsantrag zustimmen.

Klaus Vossemer (CDU) kündigt an, nicht zustimmen werde seine Fraktion auch den sogenannten Sparanträgen. Bei der Streichung von 215.000 € handele es sich um eine Luftnummer, und zwar im doppelten Sinne. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBI im Rat der Stadt Mülheim hätten nämlich im Falle der Zahlungsverweigerung des Landes Nordrhein-Westfalen den Antrag gestellt, am 1. Januar 2015 Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen zu erheben. Von daher sei beileibe nicht sicher, ob sich dieser Sparansatz tatsächlich realisiere. Für den Fall, dass das Land weiterhin Mitgesellschafter bleibe, werde diese Zahlung eh fällig werden.

Aus Sicht seiner Fraktion sei dies kein seriöses Unterfangen, weshalb seine Fraktion nicht zustimmen werde.

Holger Ellerbrock (FDP) lässt wissen, dass auch seine Fraktion die Änderungsanträge zu dem Flughafen ablehnen werde, da damit ein politisches Präjudiz geschaffen werden solle, wobei die rechtliche Klärung noch nicht abgeschlossen sei.

Durch die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen würden 245.000 € eingespart, aber 1 Million € mehr ausgegeben. Dies sei Sparen nach rot-grüner Art.

Die Erhöhung der Mittel für den Radstraßenbau trage seine Fraktion ebenfalls nicht mit. Dies sei das falsche Symbol zur falschen Zeit am falschen Platz.

Rolf Beu (GRÜNE) findet interessant, dass von beiden Oppositionsfraktionen das Gegenteil behauptet werde, um am Ende die Anträge abzulehnen. Der Abgeordnete Schemmer habe ausgeführt, dass mit der Verwendung der Mittel für die Nahmobilität den Kommunen Geld entzogen werde, während der Abgeordnete Ellerbrock die Auffassung vertrete, dass Radwegebau das falsche Signal zur falschen Zeit sei. Dies sehe seine Fraktion ganz anders. Das gelte übrigens auch für einige FDP-Vertreter in den Kommunen.

Bezüglich der entfallenen Mittel für den Flughafen Essen/Mülheim weise er darauf hin, dass man sich für einen Ausstieg entschlossen habe. Wer A sage, müsse auch B sagen. Dafür keine Mittel zur Verfügung zu stellen, sei nur konsequent. Er sehe hier auch keinen Widerspruch zu der Auffassung in den Kommunen, da diese natürlich eine andere Zielsetzung hätten.

Bezüglich der Mittel für den Radwegebau weise er darauf hin, dass gerade dieser Bereich unter der Haushaltssperre gelitten habe.

Oliver Bayer (PIRATEN) kündigt an, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zur Nahmobilität zustimmen werde. 1 Million € mehr werde aber sicherlich nicht reichen, das Programm, das sich Rot-Grün vorgenommen habe, umzusetzen.

Auch seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass das Land aus dem Flughafen Essen/Mülheim aussteigen müsse. Es stelle sich jedoch die Frage, welche Konsequenzen dies für die Kommunen Essen und Mülheim habe. Bei der Abstimmung über diese Änderungsanträge werde er sich der Stimme enthalten.

Er bleibe bei seiner Kritik, dass das Haushaltsvolumen für den Verkehrsbereich nur deshalb steige, weil sich die Bundeszuweisungen erhöhten. Ansonsten gebe es lediglich ein „Weiter so!“. Das Problem des Investitionsstaus lasse sich nicht lediglich mit mehr Bundesmitteln lösen.

Möglicherweise werde seine Fraktion noch Änderungsanträge in den Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Henning Rehbaum (CDU) erwähnt, in der Tat habe der Radwegebau wie kein anderer Bereich unter der Haushaltssperre gelitten. Schöne Bürgerradwegeprojekte seien

unter die Räder gekommen. Der konventionelle Radwegebau leide aber unter den Radschnellwegeplanungen. Mittel für den Radwegebau seien nämlich in diesem Jahr für die Planung von Radschnellwegen verwendet worden. Bislang habe ihm niemand erklären können, warum mit einer solchen Massivität Radschnellwege geplant würden, wo doch jeder wisse, dass es keine Aussicht auf Finanzierung gebe. Die Kommunen könnten es nicht, und laut Minister wolle das Land nicht finanzieren. Insofern handele es sich um Luftschlösser.

Holger Ellerbrock (FDP) sagt, es möge durchaus sein, dass in manchen Ratsfraktionen der kommunale Radwegebau positiv gesehen werde. Dies könne er für Düsseldorf auch nachvollziehen, da diese Stadt schuldenfrei sei. Es gehe aber darum, Prioritäten zu setzen, und diese setze seine Fraktion anders als die Grünen.

Der Abgeordnete fragt, wie die Ministerpräsidentin, die ja aus Mülheim komme, zu dem Flughafen Essen/Mülheim stehe.

Reiner Breuer (SPD) betont, auch die Ministerpräsidentin kenne das klare Votum des Landesrechnungshofs. Nach diesem Votum müsse das Land dort heraus. Insofern werde eine Rechtspflicht umgesetzt.

Die Koalition wolle Radschnellwege, weshalb man die haushalterischen Voraussetzungen dafür schaffe.

Er stelle fest, dass sich die Opposition jeder Diskussion entziehe. Änderungsanträge seitens der Oppositionsfraktionen lägen nicht vor. Offensichtlich habe man inhaltlich nichts anzubieten. Dies nehme er zur Kenntnis.

Minister Michael Groschek (MBWSV) geht davon aus, dass die Ministerpräsidentin den Flughafen Essen/Mülheim nicht nutze, jedenfalls nicht regelmäßig. Ansonsten achte sie das Ressortprinzip. Bislang habe sie diese Angelegenheit nicht zur Chefsache erklärt, wobei er das für die Ewigkeit nicht ausschließen könne.

Holger Ellerbrock (FDP) sagt, der Abgeordnete Breuer habe die besondere Bedeutung des Landesrechnungshofs dargestellt, die auch er, Ellerbrock, anerkenne. Hieraus entnehme er, dass sämtliche Berichte des Landesrechnungshofs für ihn Gesetz seien, die von der Regierung entsprechend umgesetzt werden müssten. Dies finde er bemerkenswert.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten stimmt der **Ausschuss** dem Änderungsantrag 1 zu.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten stimmt der **Ausschuss** dem Änderungsantrag 2 zu.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP stimmt der **Ausschuss** dem Änderungsantrag 3 zu.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der **Ausschuss** dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung zu.

Das Benehmen zu Vorlage 16/2317 (Neudruck) – Entwurf für Bauprogramm 2015 für die Landesstraßen – wird hergestellt.

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis															
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 120 Titelgruppe 67 Titel 682 67</p> <p style="text-align: center;">Angelegenheiten der Luftfahrt Für den Flughafen Essen/Mülheim Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>2015</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>215.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>215.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td style="text-align: right;">215.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Am Flughafen Essen/Mülheim ist das Land Nordrhein-Westfalen zu einem Drittel beteiligt. Weitere Gesellschafter sind die Städte Essen und Mülheim an der Ruhr. Die Gesellschafter beteiligen sich am Verlustausgleich dieser defizitär wirtschaftenden Gesellschaft. Eine vom Land angestrebte Initiative zur Umwandlung des Flugplatzes in einen Sonderlandeplatz wurde durch die anderen Gesellschafter nicht unterstützt. Der Haushalts- und Kontrollausschuss des Landtages fordert eine Beendigung der Ausgleichszahlungen. Daher hat das Land Nordrhein-Westfalen am 5. Juni 2014 den Austritt aus der Flughafengesellschaft mit Wirkung zum 31.12.2014 erklärt. Entsprechend sollen auch keine Haushaltsmittel in 2015 zur Verfügung gestellt werden.</p>			Ansatz lt. HH 2014	2015			von	215.000 Euro		um	215.000 Euro		auf	0 Euro	215.000 Euro	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
		Ansatz lt. HH 2014																
2015																		
von	215.000 Euro																	
um	215.000 Euro																	
auf	0 Euro	215.000 Euro																

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																								
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 120 Titelgruppe 67 Titel 891 67</p> <p style="text-align: center;">Angelegenheiten der Luftfahrt Für den Flughafen Essen/Mülheim Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td>2015</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>20.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>20.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Am Flughafen Essen/Mülheim ist das Land Nordrhein-Westfalen zu einem Drittel beteiligt. Weitere Gesellschafter sind die Städte Essen und Mülheim an der Ruhr. Die Gesellschafter beteiligen sich am Verlustausgleich dieser defizitär wirtschaftenden Gesellschaft. Eine vom Land angestrebte Initiative zur Umwandlung des Flugplatzes in einen Sonderlandeplatz wurde durch die anderen Gesellschafter nicht unterstützt. Der Haushalts- und Kontrollausschuss des Landtages fordert eine Beendigung der Ausgleichszahlungen. Daher hat das Land Nordrhein-Westfalen am 5. Juni 2014 den Austritt aus der Flughafengesellschaft mit Wirkung zum 31.12.2014 erklärt. Entsprechend sollen auch keine Haushaltsmittel in 2015 zur Verfügung gestellt werden.</p>										2015						Ansatz lt. HH 2014	von	20.000	Euro						um	20.000	Euro						auf	0	Euro					30.000 Euro	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	2015						Ansatz lt. HH 2014																																				
von	20.000	Euro																																									
um	20.000	Euro																																									
auf	0	Euro					30.000 Euro																																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau Titelgruppe 61 Nahmobilität Titel 883 61 Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben der Nahmobilität</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2014</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.600.000,- Euro</td> <td style="text-align: right;">10.600.000,- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000,- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">11.600.000,- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Erhöhung der Mittel um 1 Mio. Euro ist vorgesehen für einen erhöhten Bedarf im Rahmen der politischen Schwerpunktsetzung investiv zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Nahmobilität (nicht motorisierter Verkehr). Mit 40 bis 60 Prozent im Modal-Split (Anzahl der täglichen Wege) hat die Nahmobilität die gleiche Verkehrsstärke wie der Kfz-Verkehr. Gemessen an ihrer realen Verkehrsbedeutung wird sie nicht annähernd adäquat berücksichtigt. Dabei leistet die Nahmobilität wie keine andere Verkehrsgruppe einen sehr wesentlichen Beitrag zur Luftreinhaltung, zur Ressourcenschonung und zur Revitalisierung und Stärkung der Städte. Die nachhaltigen Effekte der Nahmobilität auf die</p>		2015	Ansatz lt. HH 2014	von	10.600.000,- Euro	10.600.000,- Euro	um	1.000.000,- Euro		auf	11.600.000,- Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	2015	Ansatz lt. HH 2014													
von	10.600.000,- Euro	10.600.000,- Euro													
um	1.000.000,- Euro														
auf	11.600.000,- Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<u>Begründung:</u> Volksgesundheit und die vorgenannten Aspekte machen sie zu einem vorrangigen verkehrspolitischen Anliegen. Ziel ist die verstärkte Nutzung des nicht motorisierten Verkehrs insbesondere auf Kurzstrecken. Dabei bildet die Unterstützung des Landes zur Prüfung der Machbarkeit von Radschnellwegen einen weiteren wichtigen Baustein im Nahmobilitätsprogramm.	